

Diskursiver Wandel und räumliche Bezüge in der deutschen Hochschulentwicklung

Matthias Burs
Heidelberg

In den letzten Jahren wird in der Forschung zur deutschen Hochschulpolitik ein Paradigmenwechsel konstatiert. Im öffentlichen Diskurs haben mit „Exzellenz“ und „Profilbildung“ Begriffe einen prominenten Platz, die vor 20 Jahren kaum präsent waren. Dieser Paradigmenwechsel geht mit politischen Reformen und einem organisatorischen Wandel im

Hochschulsystem einher. Während diese Entwicklungen von der Hochschulforschung eingehend untersucht und diskutiert werden, befasse ich mich im Folgenden mit dem speziellen Aspekt der räumlichen Bezüge in der Hochschulentwicklung. Das Leitbild des regionalen Ausgleichs oder „Regionalisierung“, mit dem in den 1970er Jahren beispielsweise die Ausbaupolitik in Nordrhein-Westfalen explizit beworben wurde, ist nicht mehr aktuell.¹ Heutige Ziele wie die Profilbildung oder die regionale Vernetzung können jedoch für die regionale Entwicklung ähnlich wichtig sein, wenn zum Beispiel das Fächerangebot an Hochschulen stärker an das regionale Wirtschaftsprofil angepasst wird. Um diesen Wandel nachzuzeichnen und die Wirksamkeit aktueller Leitbilder abzuschätzen, stelle ich im Folgenden die Ergebnisse einer Diskursanalyse zur deutschen Hochschulentwicklung seit Mitte der 1960er Jahre dar.

1. Methodik der Diskursanalyse zur Hochschulentwicklung

Eine Diskursanalyse liegt angesichts des Paradigmenwechsels nahe, da sie die sprachliche Konstituierung von Leitbildern erfasst. So befassen

¹ So schreibt ein Expertenrat, der von der nordrhein-westfälischen Landesregierung eingesetzt wurde: „Der Expertenrat hat sich nach ausführlichen Diskussionen nicht darauf verständigen können, den Gesichtspunkt einer gediegenen Regionalversorgung als ausreichende Begründung für die Existenz einer Universität anzusehen.“ (Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung NRW 2001).

sich viele Arbeiten der Hochschulforschung zumindest auch mit den diskursiven Veränderungen.² Häufig bleiben jedoch das theoretische Diskursverständnis und insbesondere eine adäquate methodische Umsetzung ungeklärt. Dann tendieren die Arbeiten dazu, auf zum Teil dünner empirischer Grundlage und ohne weitere Angaben zur Methodik verschiedene Diskurse oder Modelle abzugrenzen bzw. „den Diskurs“ zu beschreiben. Dies soll an dieser Stelle vermieden werden. Daher seien das hier zugrundeliegende Verständnis von Diskursanalyse und insbesondere die damit verbundenen Konsequenzen für die Methodik dargestellt.

Unter Diskurs verstehe ich die Gesamtheit gesellschaftlicher Kommunikation, die normative Ordnungen der Gesellschaft herstellt und verändert. In der Politik bedeutet dies, dass politische Ziele, bevorzugte Organisationsformen und Akteursrollen nicht feststehen, sondern durch die gesellschaftliche Kommunikation konstituiert und verändert werden. Um diese Wirkung zu verstehen, erscheint mir eine Verbindung zu institutionalistischen Ansätzen sinnvoll: Der aktuelle Diskurs stellt die gesellschaftlichen Erwartungsstrukturen in einem Politikfeld dar, an dem sich bestehende Institutionen ausrichten. Die Widerständigkeit bestehender Institutionen verhindert eine direkte Umsetzung von neuen Leitbildern und führt zu zeitlicher Verzögerung und Vermischung (Chilla 2007, Nonhoff 2006, Torfing 2005: 169).

Die Erwartungsstrukturen lassen sich als diskursive Formationen verstehen, d. h. als regelmäßige Verknüpfung von Aussagen (Foucault 1981: 58). Eine solche Diskursanalyse benötigt eine Methodik, die das regelhafte Vorkommen und die Verknüpfung von Aussagen erfasst. Dazu greife ich auf Ansätze der (kulturwissenschaftlichen) Linguistik zurück, insbesondere die Untersuchung von Argumentationstopoi.³ Die Einzelschritte einer Argumentation kann man nach Klein zunächst formal in die Kategorien Situationsdaten, Situationsbewertungen, Prinzipien, Ziele, Handlungsforderungen und Folgen einteilen und dann anhand der zentralen Ausdrücke und ihrer kontextuellen Aufladung inhaltlich abgrenzen (Klein 2000,

² Das Spektrum reicht von weniger systematischen Eindrücken zum Diskurs (Hartmann 2006, Zeuner 2006, von Wissel 2007) und stark normativ geprägten Einschätzungen (Müller-Böling 2000, Münch 2007) bis zu methodisch fundierten Arbeiten zu Einzelaspekten des diskursiven Wandels (Klein 2003, Meier 2009, Münte/Franzmann 2007).

³ Ein programmatisches Zitat verdeutlicht die Nähe zu sozialwissenschaftlichen Fragestellungen: Im Idealfall solle „die Veränderung in der Benutzung von topischen Mustern in ihrem Zusammenspiel mit der Veränderung von lexikalischen Einheiten wie Metaphern und Schlüsselwörtern“ analysiert werden, „um damit Aufschlüsse über das jeweils dominierende gesellschaftliche Bewusstsein, das kollektive Denken und Meinen einer Zeit zu gewinnen“ (Wengeler 1997: 101).

2002). Diese Einzelaussagen sind durch verschiedene Mittel wie Substitution und vor allem Konnektoren verknüpft (Fairclough 2003: 87ff.). Die wichtigsten sind konklusive Folgen; wichtig für die Analyse des Diskurses sind aber auch verneinende Konnektoren oder Abwägungen, die widersprüchliche Aussagen und Brüche im Diskurs anzeigen, wenn sie häufig vorkommen (Mattisek 2009: 286ff.).

Durch die Analyse eines Textkorpus mit diesem Schema lassen sich häufige Argumentationsmuster in den untersuchten Texten erfassen und die zeitliche Abfolge diskursiver Formationen beschreiben, soweit das Korpus einen längeren Zeitraum abbildet. Diese Einteilung ist nicht abschließend objektiv, sondern bietet ein mögliches Ordnungsmuster für den Wandel der Argumentationen.

2. Empirische Durchführung

Gegenstand der Textanalyse ist ein Korpus mit Texten zur Hochschulentwicklung aus den Bereichen Presse, Politik und Politikberatung. Das Teilkorpus Presse besteht zu einem Großteil aus Artikeln der „Zeit“ und des „Spiegels“ von 1966 bis 2007. Hinweisen in der Sekundärliteratur folgend wird dieser durch einzelne Beiträge aus anderen Medien (FAZ, SZ etc.) ergänzt. Insgesamt umfasst das Teilkorpus 550 Artikel. Diese forschungspragmatische Auswahl lässt sich dadurch rechtfertigen, dass sich die Medien des politischen Mainstreams, zu dem die „Zeit“ und der „Spiegel“ zu zählen sind, über einen längeren Zeitraum in den Paradigmen eines Politikbereiches ähneln.

Das Teilkorpus Politik umfasst programmatische Texte zur Hochschulpolitik der wichtigsten politischen Akteure in Deutschland – Bundesregierung, Wissenschaftsrat, Hochschulrektorenkonferenz (bis 1990 WRK) sowie die Landesregierungen. Um hier eine repräsentative Auswahl zu treffen, habe ich diese Texte auf die Länder Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen eingegrenzt. Diese Eingrenzung kann als repräsentativ gelten, da beide Länder mit insgesamt 37 % der Studienplätze in Deutschland ein großes Gewicht in der Hochschulpolitik haben und sie mit über Jahrzehnte stabilen Mehrheiten zwei Richtungen innerhalb der deutschen Hochschulpolitik repräsentierten. Soweit sich die Parteipolitik in unterschiedlichen Positionierungen im Diskurs niederschlägt, kann dies in der Untersuchung erfasst werden.

3. Ergebnisse

3.1. *Ausbau und Regionalisierung 1965–1980*

Die Untersuchung zeigt einen Wandel der Argumentationen, der sich grob in verschiedene Phasen gliedern lässt. Klar abgrenzbar ist der Zeitraum „Ausbau und Demokratisierung“ des Hochschulwesens von 1965 bis Ende der 1970er Jahre: Der Diskurs der Hochschulentwicklung ist besonders in der Presse dominiert von den Zielen des Ausbaus und der Reform der Hochschulen. Das Ziel des Ausbaus folgt direkt aus der starken Zunahme der Studierendenzahlen, auch bezeichnet als „Lawine“ oder „Flut“, dem entspricht die bekannte Diagnose des Bildungsnotstandes (oder „Bildungskatastrophe“, Picht 1965). Wichtige Prinzipien, die diese Argumentation stützen, sind Bildungschancen (unter der Formel „Bildung ist Bürgerrecht“, Dahrendorf 1965) und die gesellschaftspolitische Aufgabe, auch als Demokratisierung bezeichnet, die eng zusammenhängen: „Chancenausgleich und Bildungsgerechtigkeit sind die Voraussetzungen für den Bestand und die Glaubwürdigkeit einer demokratischen Gesellschaft.“ (Die Zeit 44/1972).

Ab 1970 rückt die rationale Planung des Hochschulausbaus in den Vordergrund. In dieser Phase ist die Bedeutung raumbezogener Argumente sehr augenfällig, denn gestützt auf die Ergebnisse der Bildungsforschung wird der regionale Ausgleich (oder Regionalisierung) in den politischen Dokumenten zum wichtigsten Ziel:

„Neugründungen üben also einen bildungswerbenden Effekt aus. [...] In den unterentwickelten Landesteilen führt die Regionalisierung zu bildungswerbenden Effekten. Das Grundrecht auf Bildung ist leichter zu verwirklichen, wenn das Hochschulangebot in erreichbarer Nähe liegt.“ (Ministerium für Wissenschaft und Forschung NRW 1971).

Mit diesem Anspruch fügt sich die regionalisierte Hochschulplanung in die Hochkonjunktur der Raumplanung in dieser Zeit ein (Hoppe/Voelzkow 1999: 282; Gebhardt 2007: 234). Die Neugründungen nach 1970 werden – im Gegensatz zur vorherigen Phase – auf der Basis von regional differenzierten Gesamtplänen errichtet (Becker 1983). In Nordrhein-Westfalen ist die Regionalisierung das Leitbild für die Gründung von fünf neuen Gesamthochschulen (Ministerium für Wissenschaft und Forschung NRW 1974).⁴

⁴ Die Verknüpfung von Hochschul- und Raumplanung wurde 1976 auch im Hochschulbauaufwärtigungsgesetz festgeschrieben (Luther/Swatek 1977: 229): „Bund und Länder haben bei der Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe darauf hinzuwirken, daß [...] 5. die Grundsätze

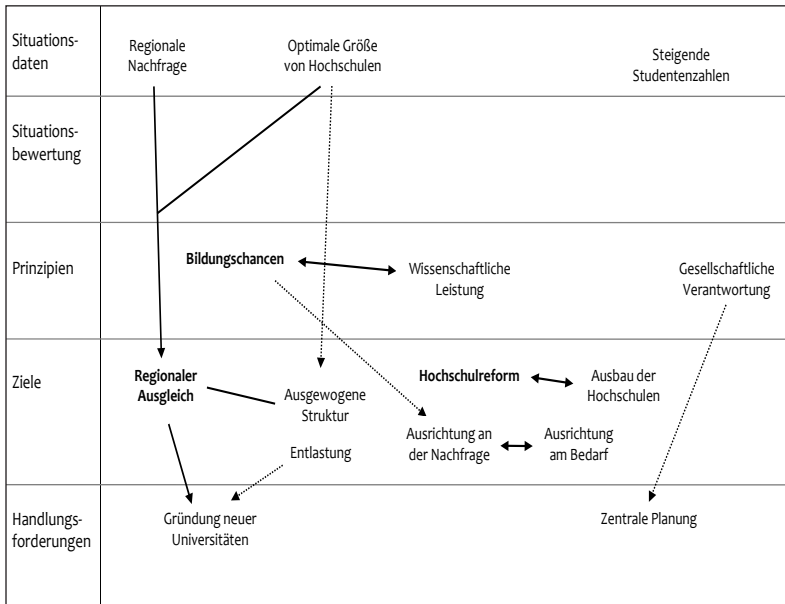


Abb. 1: Reform und Expansion 1965-1980⁵

Gegen Ende der 1970er Jahre verliert die diskursive Formation von Ausbau und Regionalisierung ihre Dominanz. Reform bleibt in der Presse ein positives Schlagwort, hier ändert sich jedoch der Kontext zu einer defensiven Argumentation: „Ein Reformmodell ist in Gefahr“ (Die Zeit 08/1975); „Bildungsreform gescheitert? / Ein Plädoyer gegen die Bildungs-Nostalgie“ (Die Zeit 07/1976). Gleichzeitig wird die Situationsbewertung angesichts weiter steigender Studierendenzahlen und Klagen über die Unterfinanzierung negativer gefärbt.

3.2. Qualitätsorientierung und einzelne neue Ziele in den 1980er Jahren

Der Beginn der 1980er Jahre markiert einen deutlichen Bruch im Diskurs der Hochschulentwicklung. Zum zentralen Prinzip wird die wissenschaft-

und Ziele der Raumordnung und Landesplanung beachtet werden.“ (§ 2 HSchulBG i. d. F. v. 30. 1. 1976).

⁵ Im Diagramm sind die Argumentationstopoi dieser Phase dargestellt, die wichtigsten fettgedruckt. Einfache Pfeile zeigen Schlussfolgerungen an, Linien argumentative Nähe oder Äquivalenzen, Doppelpfeile Gegensätze bzw. gegeneinander abgewogene Argumente.

liche Qualität (oder Leistung), während die Distanzierung zu bisherigen Zielen wie Ausbau und Demokratisierung zunimmt. Beispielhaft ist diese Beziehung im folgenden Zitat zu erkennen: „Die deutschen Universitäten haben im Prozeß der Expansion und Demokratisierung mit ihrer Attraktivität ein gutes Stück ihrer traditionellen Qualität verloren.“ (Die Zeit 11/1984).

Eng mit diesem neuen Prinzip verbunden sind die Systemziele Wettbewerb und Differenzierung, die Mitte der 1980er Jahre plötzlich intensiv diskutiert werden.⁶ Dabei kann man jedoch noch nicht von einer neuen dominanten Formation in den 1980er Jahren sprechen; beispielsweise wird Wettbewerb nicht als eindeutig positives Schlagwort gebraucht.

Parallel zu dieser Debatte nimmt eine anwendungsorientierte Sicht auf Hochschulen zu, insbesondere wegen des wirtschaftlichen, aber auch hinsichtlich eines weiter gefassten gesellschaftlichen Nutzens. In der Regionalpolitik verschiebt sich damit die Funktion von Hochschulen hin zur Rolle als wissenschaftliche Impulsgeber durch Technologietransfer. Technologieparks unter Beteiligung von Hochschulen werden als neue Instrumente der Regionalförderung intensiv diskutiert.⁷ Auch hier gibt es wieder eine Übereinstimmung mit dem Fachdiskurs der Regionalforschung, die sich in den 1980er Jahren auf die Rolle von Technologie und Innovationen für die Regionalentwicklung konzentriert (Schamp/Spengler 1985, Sternberg 1986, von Wissel 2009). Diese ökonomische Perspektive ist im Diskurs nicht unumstritten, in Opposition dazu stehen Bildung und gesellschaftliche Aufgabe der Hochschulen: „auf der einen Seite Forschung und Lehre um des erhöhten Warenausstoßes willen und, auf der anderen Seite, Forschung und Lehre um selbstständiger Tätigkeit willen“ (Die Zeit 52/1983).

⁶ Als Signal dafür wirkten die „Empfehlungen zum Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem“ des Wissenschaftsrates (1985). Interessant ist die Entstehungsgeschichte des Textes: In einer ersten Version, die von einem eigenen Ausschuss des Wissenschaftsrates verfasst wurde, war Wettbewerb ein positives Schlagwort. Auf Proteste von Gewerkschaften und verschiedenen Landesregierungen hin wurden rhetorische Einschränkungen vorgenommen und damit die Argumentation an die kontroverse Situation im Diskurs angepasst (Bartz 2007: 144 ff.). Die Formulierung in der Anfangspassage des publizierten Textes ist bezeichnend: „Wettbewerb ist kein Selbstzweck. Auch im Hochschulsystem ist es nicht schon ein Wert an sich, daß seine Mitglieder – Institutionen und Personen – miteinander konkurrieren. Wettbewerb ist prinzipiell sinnvoll, wenn und insoweit er die Fähigkeit eines Systems verstärkt, wünschenswerte Leistungen zu erbringen.“ (Wissenschaftsrat 1985). Durch die Negation des Wettbewerbs als Wert an sich wird deutlich, dass diese Position im Diskurs (und speziell innerhalb des Wissenschaftsrates) ebenfalls vertreten wird.

⁷ Ein bekanntes Beispiel ist die Technologiepolitik der baden-württembergischen Landesregierung mit Prestigeprojekten wie dem Forschungszentrum Ulm (Erdmenger/Fach 1989).

Dies zeigt, dass sich in den 1980er Jahren keine neue diskursive Formation durchsetzt: Während verschiedene Reformschritte diskutiert werden, gibt es ein Spektrum an verschiedenen Positionen dazu, die oft rhetorisch gegeneinander abgewogen werden. Mit dem Ende des Ausbaus spielt die diskursive Formation der 1970er Jahre und damit auch die Regionalisierung nunmehr eine nur noch untergeordnete Rolle.

3.3. Krise und Reformdruck in den 1990er Jahren

Die weitere Verschiebung der Argumentation in den 1990er Jahren verläuft eher graduell. Bestimmend für den Diskurs der Hochschulentwicklung wird die zunehmend drastische Wahrnehmung einer Krise vor allem in den Medien, beispielhaft ausgedrückt in einem Artikel des Wissenschaftsratsvorsitzenden Simon: „Die deutsche Universität ist nicht mehr ‚im Kern gesund‘, sondern im Kern verrottet“ (Der Spiegel 50/1991). Die Krise betrifft die Qualität (Mittelmaß) wie das Hochschulsystem – „Wie konnte eine Gesellschaft über Jahrzehnte zulassen, daß ihr Hochschulsystem derart herunterkam?“ (Die Zeit 06/1993)

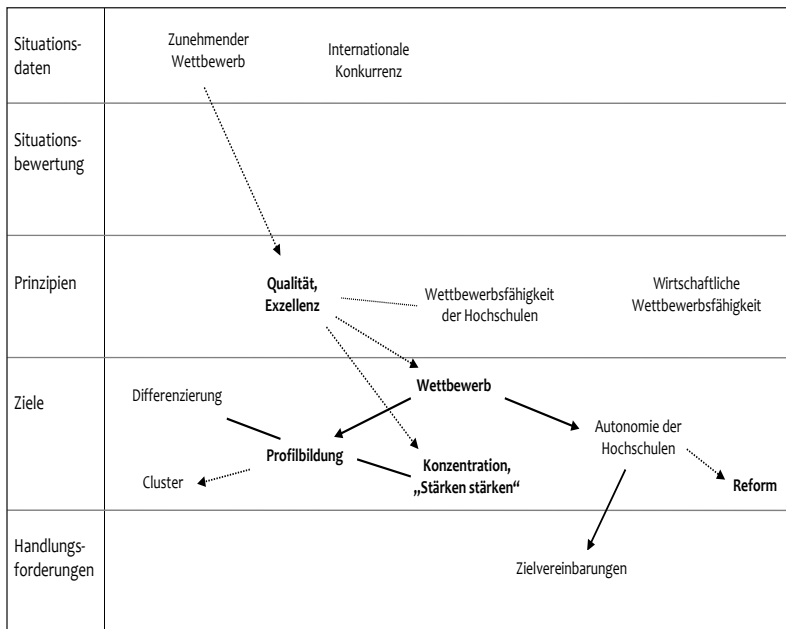


Abb. 2: Exzellenz, Wettbewerb und Profilbildung seit Ende der 1990er Jahre

Dem gegenüber steht (wieder) das positive Schlagwort der Reform, das durch den Kontext mit starker deontischer Bedeutung (müssen, notwendig) aufgeladen ist: „Ob Politik, Wirtschaft oder die Hochschulen selber, im Prinzip sind sich alle einig: Das Hochschulsystem muß reformiert werden.“ (Die Zeit 41/1993). Diese Reform-Forderung ist dabei immer stärker mit einem Katalog von Systemzielen, mit dem positiv besetzten Schlagwort Wettbewerb an zentraler Stelle, verbunden. Im Sinne einer neoliberalen Steuerung setzt dies ein Feld von eigenverantwortlichen Akteuren voraus, die in den Wettbewerb eintreten können. Zentral ist daher auch die Forderung nach mehr Autonomie und Handlungsfähigkeit der Hochschulen.⁸

Die neue Reform-Formation hat einen technokratischen Charakter: Qualität und Exzellenz als zentrale Prinzipien sind nicht mit einem speziellen Verständnis von Wissenschaft begründet, sondern Teil eines Management-Modells (Meier 2009), das sich häufig auf das Vorbild von Wirtschaftsunternehmen beruft.

Ebenfalls zu dieser Formation gehört eine stärkere Konzentration der Ressourcen und eine Diskreditierung des regionalen Ausgleichszieles. Beispielhaft ist die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern, die auf die konzentrierte Verteilung von zusätzlichen Forschungsmitteln abzielte. Überwiegend positiv wurde kommentiert, dass sie gerade nicht auf einem Regionalproporz beruhe.⁹ Statt des regionalen Ausgleichs ‚von oben‘ wird die Idee der regionalen Vernetzung zu einem wichtigen Ziel, formuliert auch als Cluster oder Innovationsregionen (vgl. von Wissel 2009). Die regionale Vernetzung dient dem wirtschaftlichen Nutzen und ist gleichzeitig ein Entwicklungspfad für all jene Universitäten, die nicht der Weltspitze zugehören.

⁸ „Konkurrenz soll ungenutzte Rationalisierungsreserven freisetzen, die, gemessen an den Bildungssystemen anderer Industriestaaten, vorhanden sind. Voraussetzung für Wettbewerb zwischen den Hochschulen ist allerdings, daß sie aus der staatlichen Gängelung in weitgehende Autonomie entlassen werden, um ihren Lehr- und Forschungsauftrag rational und wirtschaftlich selbst zu steuern.“ (Die Zeit 13/1995).

⁹ Ein Beispiel: „Wie eine Diskussion über vermeintlich strittige Bewerber ausgesehen hätte, läßt sich leicht vorstellen. Die Frage nach der wissenschaftlichen Qualität wäre zugunsten des Regionalproporz in den Hintergrund getreten. Es hätte vermutlich ein halbherziges Trostpflaster für den Norden, ein weiteres für den Osten und womöglich eines für Berlin gegeben. Das Ergebnis zeigt, daß jahrzehntelange Forschungsförderung sich bewährt und daß eine Konzentration der Elitehochschulen im Süden in Kauf genommen werden muß.“ (FAZ 16.10.2006).

4. Zusammenfassung: Exzellenz und regionale Vernetzung als neue Leitbilder

Die Diskursanalyse bestätigt die These eines Paradigmenwechsels in der Hochschulentwicklung. Während Anfang der 1970er Jahre die Formation von Bildungschancen, Ausbau und Regionalisierung dominierte, stehen heute Exzellenz und Qualität als Prinzipien sowie die Ziele Wettbewerb, Profilbildung und Vernetzung im Vordergrund. Diese Ideen reichen bis in die 1980er Jahre und teilweise weiter zurück; bereits um 1985 wurden der Wettbewerbsgedanke und eine stärkere Leistungsorientierung intensiv diskutiert. Allerdings waren diese Diskussionen deutlich kontroverser als heute und die Richtung der Reform viel unklarer.

Seit Ende der 1990er Jahre hat sich diese Argumentation zur dominanten diskursiven Formation mit den Schlagwörtern Exzellenz und Wettbewerb verdichtet. Diese Dominanz hat sich politisch in verschiedenen Reformbemühungen (Reform der Steuerung, Exzellenzinitiative) ausgewirkt.¹⁰

Wie sind raumbezogene Argumente in diesem diskursiven Wandel eingebunden? Die Regionalisierung, d.h. die regional ausgewogene Verteilung von Studienplätzen und, in der Folge, Forschungskapazitäten, war ein wichtiges Ziel der Ausbauplanung in den 1970er Jahren. In dieser Zeit bestimmte der Ausgleich von Zugangschancen durch Förderung und öffentliche Investitionen die Regionalpolitik in Deutschland. Nach 1980 kommen Universitäten eher im Kontext regionaler Technologieförderung vor. Dieses Ziel der regionalen Wirtschaftsentwicklung ist verbunden mit dem Prinzip des wirtschaftlichen Nutzens, aber weniger mit dem neuen Qualitäts- und Wettbewerbsdiskurs. In dieser diskursiven Formation sind Universitäten nicht mehr als Akteure einer ausgleichsorientierten Regionalpolitik vorgesehen. Stattdessen strebt man an, dass Universitäten ihr

¹⁰ Die Institutionalisierung von diskursiven Erwartungen ist keine ‚einfache‘ Umsetzung, es kommt zu paradoxen Situationen und ungewollten Folgen (Krücken 2008, Meier 2009). Das kann auch an den Brüchen und Widersprüchen im Diskurs liegen. So ist die Forderung nach mehr Wettbewerb und Autonomie der Hochschulen keineswegs mit einem Rückzug des Staates (genauer der Landesministerien) und insbesondere nicht mit einem Ende zentraler Steuerung der Hochschulen verbunden, auch wenn dies ein Wettbewerbs-Diskurs vorsehen könnte: „Durch die Implementation eines auf Exzellenz in Forschung, Lehre und Weiterbildung ausgerichteten Wettbewerbs könnte ein sich weitgehend selbst steuerndes, auf veränderte Anforderungen flexibel reagierendes System entstehen, das auch ohne die – gegenwärtig für eine hochschulübergreifende Strukturentwicklung noch unverzichtbare – angebotsorientierte Planung auskommen würde.“ (Ministerium für Forschung, Wissenschaft und Kunst BW 1998; s. zu diesem Spannungsverhältnis auch Krücken/Meier 2005, Ronge 2005).

Profil schärfen und die Ressourcen stärker konzentriert werden – implizit ist dies eine Abkehr vom Diskurs der 1970er Jahre und wird zum Teil auch explizit so formuliert. Eine regionalpolitische Rolle der Universitäten wird damit nicht unbedingt gelehrt, sondern zum Teil umdefiniert: Sich mit anderen Institutionen auf regionaler Ebene zu vernetzen und „Cluster“ zu bilden, kann eine Voraussetzung von Exzellenz sein, wie etwa in der Ausschreibung zur Exzellenzinitiative oder im Spitzencluster-Wettbewerb des BMBF, der eine Fördersumme von 500 Mio. € umfasst (BMBF 2007). Universitäten können so zu wichtigen Partnern in Netzwerken werden, die regionalpolitisch auch über die Innovationsförderung hinaus an Bedeutung gewinnen; wichtigstes Beispiel hierfür sind die Mitte der 1990er Jahre eingeführten Metropolregionen (Fürst 2008). Diese regionale Vernetzung könnte auch zur alternativen Option für nicht-exzellente Universitäten werden (Pasternack 2009b: 144f.). Dabei stellt sich angesichts der Dominanz ökonomischen Nutzens im Diskurs die Frage, inwieweit in der Praxis auch soziale und kulturelle Innovationswirkungen anerkannt werden.

Bisher wenig untersucht ist, wie sich die aktuelle diskursive Formation auf die Entwicklung von Hochschulen in verschiedenen Regionen auswirkt. Besonders folgenreich dürfte die absolute Konzentration des Diskurses auf Exzellenz und Weltklasse sein – ‚unter Harvard geht es nicht‘.¹¹ Für zahlreiche deutsche Universitäten, insbesondere die Neugründungen der 1960er und 1970er Jahre, wird das Andocken an diese Diskursposition schwierig sein, da diese in ihrer ursprünglichen Ausrichtung als regionale Versorgungseinrichtungen mit Schwerpunkt auf der Lehrerausbildung kaum diesem Ideal entsprachen (Stierand 1983). Auch die Alternative der regionalen Vernetzung kann zu Konflikten führen, da dies einen erheblichen Umbau in der Fächerstruktur bedingen kann.¹² Gleichzeitig erscheint mit dem demographischen Wandel die nächste Herausforderung am Ho-

¹¹ Diese Konstruktion von Exzellenz wird auch zunehmend problematisiert. So heißt es in einer Tagungseinladung des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft: „Mit der Konferenz ‚Vielfältige Exzellenz‘ wollen das CHE und der Stifterverband die unterschiedlichen Möglichkeiten zur Herausbildung exzellenter Profile jenseits des auf die Spitzenforschung verengten Exzellenzbegriffes aufzeigen.“ (Stifterverband für die deutsche Wissenschaft/CHE 2009). Auch der Vorsitzende des Wissenschaftsrates Strohschneider (2009) hat in einer Rede an der Universität Wuppertal deutliche Kritik am Exzellenzbegriff geübt.

¹² In den überregionalen Medien wurde über einen Streitfall an der Universität Siegen berichtet. Wegen der Wahl des neuen Rektors sei dort ein Konflikt zwischen Senat und Hochschulrat entstanden. Dabei spielte nach den Presseberichten die Befürchtung eine Rolle, der Vorsitzende des Hochschulrates, „wolle ihre Uni zu einer nur noch regionalen Ausbildungsstätte für den Ingenieursnachwuchs umbauen“ (SZ, 29. 7. 2008).

rizont. Wenn sich das Wanderungsverhalten von Studienanfängern nicht ändert, dann stehen Hochschulen in demographisch ‚schrumpfenden‘ Regionen vor einem deutlichen Rückgang der Studierendenzahlen (Paster-nack 2009a: 10ff.).

Die gegenwärtigen Reformen in der deutschen Hochschulpolitik haben räumliche Folgen, die schwer einzuschätzen sind. Wird die Anforderung der Profilbildung zu „Spezialhochschulen“ und einem „Mangel an Vielfalt am Studienort“ (Münch 2009: 14) führen? Wird die zunehmende Anforderung einer regionalen Vernetzung jene Standorte überproportional fördern, an denen finanzstarke Unternehmen für Kooperationen gewonnen werden können? Oder werden räumliche Aspekte wie Fragen des Standortes und der regionalen Bedeutung zunehmend durch Entankerung überholt – digitale Vernetzung in Forschung und Lehre, Zunahme von Fernstudienangeboten und höhere Mobilität von Wissenschaftlern und Studierenden? Die Abnahme von raumbezogenen Argumenten im Diskurs deutet in diese Richtung. Doch hat sich das Wanderungsverhalten von Studierenden in den letzten Jahrzehnten kaum verändert (Kramer/Nutz 2006), und die weitgehende Ablösung des Präsenzstudiums durch Online-Lehre ist mittelfristig unrealistisch. Weitergehende Forschung zur Entwicklung von Hochschulstandorten, regionaler Einbindung und räumlichen Mustern in der Hochschulentwicklung ist notwendig, um diese Fragen zu klären.

Literatur

- Bartz, Olaf 2007: Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957-2007. Stuttgart.
- Becker, Willi 1983: Hochschulplanung und Regionalplanung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Webler, Wolf-Dietrich (Hg.): Hochschule und Region. Wechselwirkungen. Basel, S. 19-41.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2007: Deutschlands Spitzencluster. http://www.bmbf.de/pub/deutschlands_spitzencluster.pdf, Zugriff am 04.01.2010.
- Chilla, Tobias 2007: Zur politischen Relevanz raumbezogener Diskurse. In: Erdkunde, Vol. 61, Heft 1, S. 13-25.
- Dahrendorf, Ralf 1965: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Bramsche.
- Erdmenger, Klaus/Fach, Wolfgang 1989: Profil oder Profilierung? Über die politische Konstruktion der schwäbischen Moderne. In: Hucke, Jochen/Wollmann, Hellmut (Hg.): Dezentrale Technologiepolitik? Technikförderung durch Bundesländer und Kommunen. Basel, S. 338-347.
- Fairclough, Norman 2003: Analysing Discourse. Textual Analysis for Social Research. London.

- Foucault, Michel 1981: Archäologie des Wissens. Frankfurt a. M.
- Fürst, Dietrich 2008: Metropolregionen, Wissensregion und Governance. In: Raumforschung und Raumordnung, Vol. 66, Heft 3, S. 219-229.
- Gebhardt, Hans 2007: Wettbewerbsfähigkeit – die Chancen des Standorts Deutschland. In: Glaser, Rüdiger/Gebhardt, Hans/Schenk, Winfried (Hg.): Geographie Deutschlands. Darmstadt, S. 184-190.
- Hartmann, Michael 2006: Die Exzellenzinitiative – ein Paradigmenwechsel in der deutschen Hochschulpolitik. In: Leviathan, Vol. 34, Heft 4, S. 447-465.
- Hoppe, Andrea/Voelzkow, Helmut 1999: Raumordnungs- und Regionalpolitik: Rahmenbedingungen, Entwicklungen und Perspektiven. In: Ellwein, Thomas/Holtmann, Everhard (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven. Opladen, S. 279-296. (PVS-Sonderheft, 30).
- Klein, Josef 2000: Komplexe topische Muster. Vom Einzeltopos zur diskurstypspezifischen Topos-Konfiguration. In: Schirren, Thomas/Ueding, Gert (Hg.): Topik und Rhetorik. Ein interdisziplinäres Symposium. Tübingen, S. 623-648.
- Klein, Josef 2002: Topik und Frametheorie als argumentations- und begriffsgeschichtliche Instrumente, dargestellt am Beispiel des Kolonialdiskurs. In: Cherubim, Dieter (Hg.): Neue deutsche Sprachgeschichte. Mentalitäts-, kultur- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge. Berlin, S. 167-181.
- Klein, Josef 2003: Universität als Unternehmen. In: Geideck, Susan/Liebert, Wolf-Andreas (Hg.): Sinnformeln. Linguistische und soziologische Analysen von Leitbildern, Metaphern und anderen kollektiven Orientierungsmustern. Berlin, S. 119-124.
- Kramer, Caroline/Nutz, Manfred 2006: Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Bildungs- und Erziehungswesen. In: Gans, Paul/Schmitz-Veltin, Ansgar (Hg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, S. 192-220. (ARL Forschungs- und Sitzungsberichte, 226).
- Krücken, Georg 2008: Zwischen gesellschaftlichem Diskurs und organisationalen Praktiken: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde zur Wettbewerbskonstitution im Hochschulbereich. In: Zimmermann, Karin/Kamphans, Marion/Metz-Göckel, Sigrid (Hg.): Perspektiven der Hochschulforschung. Wiesbaden, S. 165-175.
- Krücken, Georg/Meier, Frank 2005: Der gesellschaftliche Innovationsdiskurs und die Rolle von Universitäten. Eine Analyse gegenwärtiger Mythen. In: die hochschule, Vol. 14, Heft 1, S. 157-170.
- Luther, Klaus-Jürgen/Swatek, Dieter 1977: Regionalisierung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4, S. 227-240.
- Mattissek, Annika 2009: Die Aussagenanalyse als Mikromethode der Diskursforschung. In: Glasze, Georg/Mattissek, Annika (Hg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld, S. 279-291.
- Meier, Frank 2009: Die Universität als Akteur: zum institutionellen Wandel der Hochschulorganisation. Wiesbaden.

- Ministerium für Forschung, Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg 1998: Abschlussbericht der Hochschulstrukturkommission Baden-Württemberg. Stuttgart.
- Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen 2001: Profilbildung im Dialog. Hochschullandschaft NRW im Aufbruch. Düsseldorf.
- Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen 1971: Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen 1974: Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen. Zur Gründung von fünf neuen Gesamthochschulen. Düsseldorf.
- Müller-Böling, Detlef 2000: Die entfesselte Hochschule. Gütersloh.
- Münch, Richard 2007: Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz. Frankfurt a. M.
- Münch, Richard 2009: Unternehmen Universität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 45, S. 10-16.
- Münte, Peter/Franzmann, Andreas 2007: „Von der Gelehrtenrepublik zum Dienstleistungsunternehmen“ – Eine Deutungsmusteranalyse zu kollektiven Bewußtseinslagen bei Protagonisten der gegenwärtigen Universitätsreform. In: Wolbring, Barbara/Franzmann, Andreas (Hg.): Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945. Berlin, S. 215-229.
- Nonhoff, Martin 2006: Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“. Bielefeld.
- Pasternack, Peer 2009a: Hochschulen in kritischen Räumen. Zur Einführung. In: die hochschule, Vol. 18, Heft 1, S. 6-15.
- Pasternack, Peer 2009b: Jenseits der Exzellenzinitiative. Alternative Optionen für die ostdeutsche Hochschulentwicklung. In: die hochschule, Vol. 18, Heft 1, S. 142-154.
- Picht, Georg 1965: Die deutsche Bildungskatastrophe. München.
- Ronge, Volker 2005: Zwischen Planung und Wettbewerb – Zur ordnungspolitischen Strategie der aktuellen Hochschulpolitik in den Ländern. In: Hitzel-Casagnes, Tanja/Schmidt, Thomas (Hg.): Demokratie in Europa und europäische Demokratien. Festschrift für Heidrun Abromeit. Wiesbaden, S. 105-114.
- Schamp, Eike W./Spengler, Ulrich 1985: Universitäten als regionale Innovationszentren? Das Beispiel der Georg-August-Universität Göttingen. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Vol. 29, Heft 3/4, S. 166-178.
- Sternberg, Rolf 1986: Technologie- und Gründerzentren in der Bundesrepublik Deutschland. In: Geographische Rundschau, Vol. 38, Heft 10, S. 532-535.
- Stierand, Rainer 1983: Hochschulneugründungen in Nordrhein-Westfalen. Prozessanalyse einer „wirklichen“ staatlichen Planung. Dortmund. (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, 36).
- Stifterverband für die deutsche Wissenschaft/Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) 2009: Programmheft Tagung Vielfältige Exzellenz. http://www.stifterverband.org/veranstaltungen/archiv/2009_05_25_vielfaeltige_exzel

- lenz/vielfaeltige_exzellenz_programmheft_25_05_2009.pdf, Zugriff am 04.01.2010.
- Strohschneider, Peter 2009: Welche Geschichte über sich erzählen? Zur Selbsterfindung der Bergischen Universität in exzellenten Zeiten. Vortrag anlässlich des Kanzlerwechsels an der Bergischen Universität. http://www.presse.uni-wuppertal.de/archiv_ab2008/archiv_medieninformationen/2009/1008_strohschneider.html, Zugriff am 04.01.2010.
- Torfig, Jacob 2005: Poststructuralist Discourse Theory: Foucault, Laclau, Mouffe and Zizek. In: Janoski, Thomas/Alford, Robert/Hicks, Alexander/Schwartz, Mildred (Hg.): *The Handbook of Political Sociology. States, Civil Societies, and Globalization*. Cambridge, S. 153-171.
- von Wissel, Carsten 2007: Hochschule als Organisationsproblem. Neue Modi universitärer Selbstbeschreibung in Deutschland. Bielefeld.
- von Wissel, Carsten 2009: Von Silikon- und Sonnentälern. Der Neue Regionalismus und die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung in der Region. In: *hochschule*, Vol. 18, Heft 1, S. 16-38.
- Wengeler, Martin 1997: Vom Nutzen der Argumentationsanalyse für eine linguistische Diskursgeschichte. Konzept eines Forschungsvorhabens. In: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht*, Vol. 80, S. 96-109.
- Wissenschaftsrat 1985: *Empfehlungen zum Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem*. Köln.
- Zeuner, Bodo 2006: Zum Wandel der normativen Grundlagen der Wissenschafts-, Hochschul- und Bildungspolitik. In: Buchstein, Hubertus/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): *Politik der Integration: Symbole, Repräsentation, Institution*. Festschrift für Gerhard Göhler zum 65. Geburtstag. Baden-Baden, S. 137-155.